



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1923

468 (11.10.1923) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-208884](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-208884)

Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Bezugspreise: In Mannheim a. Umgebung in der laufenden Woche M. 100.000. Die monatlichen Bezugspreise sind bei der Bestellung des Abonnements zu bezahlen. Postbezugspreis Nummer 17990. Anzeigenpreis: — Sonntagsheft: Mannheim L. 2. — Geschäftsstellen: Badische, Waldheiser, & Jernsp. Nr. 7941, 7942, 7943, 7944, 7945. Telegr.-Adr. Generalanzeiger Mannheim. Erscheint wöchentlich zweimal.

Anzeigenpreise nach Tarif, bei Vorauszahlung oder mit Zuschlag für Selbstentwertung. Allgemeine Anzeigen: 400 x 2000 = 4000000. Für Anzeigen an bestimmte Tagesblätter u. Ausgaben wird keine Verantwortung übernommen. Einzelne, Betriebsanzeigen u. dergleichen zu besonderen Bedingungen. (für Anzeigen, die bei der Aufnahme v. Anzeigen, Austr. d. Jernsp. ab. Gem. d. Geschäft, Mannheim)

Beilagen: Der Sport vom Sonntag — Modezeitung — Aus Zeit und Leben mit Mannheimer Frauen-Zeitung und Mannheimer Musik-Zeitung

Abermals Krisenluft im Reichstag Obstruktion der Deutschnationalen — Der Kanzler droht mit Auflösung — Und wieder Vertagung!

Nervöse Stimmung

Berlin, 11. Okt. (Von unserm Berliner Büro.) Zu früherer Stunde ist man heute zusammengekommen, um die Entscheidung über das Ermächtigungsgesetz zu suchen, zu früherer Stunde, weil man, wenn alles gut geht, noch mit den Nachmittagszügen in die Heimat entziehen möchte. Aber es ist nichts von der Stimmung letzter Sitzungstage im Hause. Man ist besorgt, man ist bedenklich, man weiß nicht, was noch werden mag, allerlei bange Gerüchte durchschwirren das Haus. Man erzählt sich: Die Deutschnationalen wollten vor der Abstimmung den Saal verlassen und sie so von vornherein sabotieren, denn ohne die Anwesenheit der Deutschnationalen fehlt die Zweidrittelmehrheit aller Abgeordneten, die die Vorbedingung der qualifizierten Mehrheit sind.

Man ist auch von Anfang an rätselhaftig. Frühlich von den Kommunisten hat die Debatte mit einer Darstellung der Düsselbacher Verhandlungen der Industriellen, wie er sie aussieht, eröffnet. Er hat dabei auch die gestern vor seinem Bundesgenossen Hülsmann von einer angeblichen Münchener Konferenz zwischen Stinnes, Kohr und Lubendorf abermals „gebrandmarkt“. Das nennt Ledebour dann die Beibringung neuer „gravierenden Materials“. Er fordert die Unterbrechung der Sitzung, bis der verantwortliche Reichskanzler im Hause erschienen ist, um Auskunft zu geben. Herr Stinnes sucht den emigrierten Herrmann — Monometer auf 99 Grad — zu beruhigen. Der Kanzler sei bisher im Hause gewesen und würde in 10 Minuten wiederkehren, er sei nur eben zum Reichspräsidenten gegangen, wozu ihn „Mitteilungen über die bevorstehende Abstimmung veranlaßt“ hätten. Aber das beruhigt nicht, heiligste nur Sorge und Unruhe. Was stimmt es doch mit den momentanen Plänen der Rechten? Und was dann? Reichstagsauflösung oder beherztes, vom Gefühl der Selbstverantwortung getragenes Reglement auf der Grundlage des Paragraphen 48?

Die Veranlassung hat sich inzwischen hart gelichtet, man trägt keine Erregung in die Wandelgänge. Die Parteiführer werden durch den immer noch anwesenden Herrn v. Helldorff zu eiliger Besprechung mit dem inzwischen zurückgekehrten Kanzler herausgeholt. Dann tritt Dr. Stresemann den Saal. Am Rednerpult in der Mitte: „Freiheit“, „völkische Erneuerung“, „Diktatur“, „Marxismus“ — Schlagwort reiht sich an Schlagwort, Drohsatz an Drohsatz — dann sieht man Herrn Ledebour kreisend durch die Gänge ziehen, die Anwesenheit des Kanzlers hat ihn beunruhigt. Nun ist er vorwiegend die lustige Person, die Völkischen, Deutschnationalen, aber auch die Sozialdemokratie durchgehend. Dann flüchtete auch Herr Ledebour auf das Thema der Düsselbacher Verhandlungen los: Das sei ein Komplott von Bayern und der Schwerindustrie gegen die deutsche Arbeiterschaft. Er düstet nach Auskunft vom Regierungssitz, mag seinen Augenblick mehr länger warten, aber er spricht und spricht, der munde Trillan, der mit totem Herzen noch eine Stunde lang kräftig singt.

Derweilen vorbereitet sich die Kunde von dem Inhalt der Besprechungen des Kanzlers mit den Parteiführern, eine bedeutsame und eine gute Kunde. Der Kanzler hat den Herren eröffnet, er gebe heute nicht in die Debatte einzugreifen, er hätte die Auflösungsorder in der Tasche

und, falls das Ermächtigungsgesetz nicht angenommen würde, würde sofort und unweigerlich aufgelöst. Ein rettender Entschluß, der vielleicht doch nach der Vernunft eine Gasse bahnt.

Die bisher in unendliche Breite zerfallende Debatte wird mit einemmal präzisiert. Nur Herr von Graefe schmettert noch ein paar Hühnerstimmen in das Haus, dann wird es ernst. Dr. Reich, der kluge und bedachtsame Führer der Bayerischen Volkspartei, hat erklärt, daß seine Partei zwar gegen das Gesetz sinne, aber sich an keiner Obstruktion beteiligen würde, sie würde den Saal bei der Abstimmung nicht verlassen, würde sogar an den Währungsangelegenheiten mitarbeiten, und Dr. Breitscheid hat noch einmal in kurzen prägnanten Sätzen ausgeführt, warum die Sozialdemokratie für das Gesetz stimmen sollte: Weil sie in diesem das Mittel sehe, einer illegalen Diktatur vorzubeugen. — Kurz nach 1 Uhr wird die Generalaussprache geschlossen. „Dr. Stresemann

hat nicht gesprochen!“ ruft enttäuscht Ledebour und setzt sich kopfschüttelnd nieder. Auch einer, der die Welt nicht versteht. Im Rahmen der Einzelberatungen übt sich dann noch Herr Wulle in der Obstruktion. Im seinen Rede- und seinen Gedankenvorrat zu strecken, verliest er Seite auf Seite aus der Besetzung. Es ist nur gut, daß das Gesetz nur 3 Paragraphen enthält: Das setzt dem Unfug immerhin gewisse Grenzen. Um 2 Uhr beginnt dann nach einem wohlthätigen Schlaftrunk

die Abstimmung

über den § 1. Es wird nämlich bei dieser Gelegenheit namentlich abgestimmt. Die Deutschnationalen haben den wichtigen Antrag gestellt, den Absatz zu streichen, der die Möglichkeit statuiert, von den Grundrechten der Verfassung abzuweichen: Das Ermächtigungsgesetz als Lichtenberg'sches Messer ohne Heft und ohne Klinge. Die Abstimmung hat symptomatische Bedeutung. 371 Stimmen wurden abgegeben: 92 mit ja und 292 mit nein. Die Deutschnationalen sind glänzend unterlegen. Um das Schicksal des Gesetzes braucht man nun kaum mehr zu bangen.

Der ersten namentlichen Abstimmung folgt bald die zweite. Der § 1 wird mit 253 gegen 97 Stimmen angenommen. Nur wenn die Deutschnationalen sich bei der Schlussabstimmung enthalten, könnte die Lage noch kritisch werden.

Noch eine namentliche Abstimmung über einen Abänderungsantrag zum § 2, die wieder ein besseres Ergebnis zeigt. Von 370 Anwesenden stimmen 306 für die Regierungsvorlage und 64 dagegen.

Auszug der Deutschnationalen

Dann vor der endgültigen Abstimmung gibt Herr Schulz-Premerberg namens der Deutschnationalen eine Erklärung ab: „Die Deutschnationalen werden, da die Koalitionsparteien nicht vollständig beisammen sind, den Saal verlassen.“ Spricht es und verläßt mit seinen Mannen den Saal.

Auf die Deutschnationalen folgen die Kommunisten mit einer ähnlich würdigen Erklärung. Nun hat sich das Blatt gewendet. Ziehen die Extremen von rechts und links hinaus, ist für den Augenblick die Sache aussichtslos. In dieser Lage findet Herr Marx vom Zentrum den Ausweg, die

Vertagung der Abstimmung

auf den Samstag mittag vorzuschlagen. Ein kümmerlicher, ein beschämender Ausweg, immochin ein Ausweg. Nach einer widerlichen, von Herrn v. Graefe herbeigeführten Szene — er wirft dem Kanzler vor, mit der Auflösungsdrohung das Haus „geblufft“ zu haben — wird die Vertagung auf Samstag beschlossen.

Nun soll der Draht die säumigen Koalitionsgenossen heranzuführen. Inzwischen aber steigt der Dollar weiter unaufhaltsam, unaufhaltsam!

Bemühungen der Sozialdemokraten

Während der Plenarsitzung hielten die Sozialdemokraten eine Fraktionsführung ab, in der versucht werden sollte, die Opposition in der Partei, die sich bei der Abstimmung über das Ermächtigungsgesetz der Stimme enthalten will, von ihrem Vorhaben abzubringen, da sonst die Auflösung des Reichstages mit ihren katastrophalen Folgen unvermeidbar sei.

Der Standpunkt der Deutschnationalen

Berlin, 11. Okt. (Von uns. Berl. Büro.) Die Deutschnationale Reichstagsfraktion hat, wie wir erfahren, sich in ihrer heutigen Fraktionsführung dahin geeinigt, das Schicksal des Ermächtigungsgesetzes von der Anwesenheit der Regierungsparteien abhängig zu machen, deren Pflicht es sei, dafür zu sorgen, daß das Gesetz die notwendige Mehrheit erhalte. Wenn die Regierungsparteien in der Lage wären, das Gesetz aus eigener Kraft durchzubringen, so würden die Deutschnationalen keine Geschäftsordnungsmäßigen Hindernisse entgegenstellen. Wären die Regierungsparteien aber nicht in ausreichender Anzahl vorhanden, so müßten sie auch die notwendigen Folgen tragen.

Englische Befürchtungen

Die „Daily News“ schreibt in einem Leitartikel zu den Verhandlungen zwischen den Industriellen und den Franzosen, es sei möglich, daß England nicht bereit sein werde, sich vollkommen richtig zu verhalten, während eine Maschinenmaschine zur Verstärkung des britischen Handels mühsam errichtet werde. Poincaré habe sich darin gefaßt, England vor der Gefahr des deutschen Weltmarktes zu warnen, wenn einmal der deutschen Industrie gestattet werde, wieder aufzuleben. Wird dies jedoch ausbleiben, eine Gefahr zu sein, wenn die Antenne daran zu dreierlei Franzosen sind?

Ein deutsch-amerikanischer Handels- und Konsularvertrag

Der Berliner Berichterstatter der Times meldet seinem Blatt, daß Verhandlungen zwecks Abschluß eines deutsch-amerikanischen Handels- und Konsularvertrages mit den Vereinigten Staaten in der letzten Woche in Berlin stattgefunden haben. Der deutsche Botschafter in Washington, Wiedersfeld, werde nach seiner Rückreise nach Amerika dem Präsidenten Coolidge den vorbereiteten Handelsvertrag unterbreiten.

Wie wir von zuständigen Stelle erfahren, entbehrt diese Meldung insofern nicht ganz einer Grundlage, als die amerikanische Regierung einen vorläufigen Entwurf eines Handels- und Konsularvertrages in Berlin unterbreitet hat. Dieser Vertrag wird gegenwärtig von den zuständigen Ressorts der Reichsregierung geprüft. Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten über ihn haben jedoch noch nicht stattgefunden.

Die Ablehnung der deutschen Demarche Pariser Stimmen

Zur gestrigen Unterredung des deutschen Geschäftsträgers, Botschaftsrat von Hörsing, mit dem Ministerpräsidenten, schreibt der „Parisien“, die deutsche Regierung habe versucht, sich in die Geschäfte der Besatzungsbehörde einzumischen. Sie hätte einen oder mehrere Delegierte ernannt, die sich an der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Tätigkeit und an der Lösung der Probleme, die sie aufgeworfen hätten, mitarbeiten sollten. Dieser Kalkül wäre geglückt, nachdem man das gesamte Industrieleben desorganiert hätte. Hätte also Berlin bei allen Maßnahmen, die man hätte ergreifen müssen, um die normale Lage wiederherzustellen, eine beratende Stimme gehabt und es hätte, indem es die französisch-belgische Aktion gestört hätte, nicht verschleudert, sondern Ruhm durch die erzielten Ergebnisse bei der Bevölkerung zu holen. Sein oder keine Vertreter würden natürlich das Instrument der Magnaten geworden sein, die so dem französisch-belgischen Einfluß entgegen hätten. Man wäre mit einem Wort aus einer Serie von Schwierigkeiten herausgekommen, um in neue Schwierigkeiten zu gelangen. Was die Reparationskommission zu übermittelnden Zahlungen anbetrifft, so dürften sie von keiner Bedingung abhängig gemacht werden. Für den Augenblick scheint es nicht, daß Reichskanzler Stresemann in der Lage sei, nach dieser Richtung hin ernste Vorschläge zu machen.

Der belgische Standpunkt

Der Brüsseler Berichterstatter des „Deuvre“ schreibt, Ministerpräsident Jaspar habe gestern einigen Ministern erklärt, die Mitarbeit des Deutschen Reiches sei unerlässlich, wenn man eine Serie praktischer Einzelheiten regeln wolle. Deshalb habe man auch gestern dem Vorliegen der halbamtlichen Note über die Ablehnung des deutschen Vorschlages keine große Bedeutung beigemessen und gesagt, wenn sie die Gedanken des französischen Ministerpräsidenten richtig wiedergäbe, so behandle sie mehr eine Frage der Opportunität als eine Frage des Prinzips.

Das „Deuvre“ vertritt den gleichen Standpunkt wie die übrige Presse. Es schreibt, die gestern von Poincaré getroffene Entscheidung sei geordnet, die kleinen Resultate, die man im Ruhrgebiet so teuer erkaufen habe, in Gefahr zu bringen. Nach der Einstellung des passiven Widerstandes hätten die Arbeitergewerkschaften mit den Besatzungsbehörden die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Arbeit prüfen sollen. Man habe sie abgemessen mit den Worten: Ihr hängt von Berlin ab. Wir wollen Euch nicht festhalten, heute erhalte Stresemann die gleiche Antwort: Nichts zu machen mit der deutschen Regierung. Wir wollen nur die letzten Organisationsfragen kennen. Bei Otto Wally, so glaubt das Blatt, habe man auf die Millionen Gulden spekuliert. Es bestehe aber die Gefahr, daß man eine private Verantwortlichkeit fasse, statt der kollektiven. Was man auch im Quai d'Orsay denke, die Verbindung des Problems der Wiederaufnahme der Arbeit mit dem Reparationsproblem könne nicht umgangen werden.

Der „Quodien“ schreibt: Die gestrige Antragsfrage Poincarés habe lebendige Kommentare in vielen französischen Kreisen ausgelöst. Man habe bemerkt, es wäre unmöglich, die Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrgebiet vollkommen durchzuführen ohne eine Verständigung mit Berlin. Die Ruhrindustrie müßte wissen, wer ihnen die Kohlenlieferungen, die sie auf Reparationskonten liefern, bezahlt. Auch hinsichtlich der Ausfuhr aus dem Ruhrgebiet wäre es unerlässlich, mit Berlin zu verhandeln.

„Britischer Staatenbund der Nationen“

Das britische Reich ist tot. Sein Hinscheiden wird offiziell von der Reichskonferenz bekannt gegeben werden, ehe sie sich vertagt. Diese Erklärung gab gestern einer der Delegierten der Dominions ab. Der König sprach noch in seiner Willkommensrede bei der Eröffnung der Konferenz von einem britischen Reich. Diese Tatsache wurde von den Delegierten der Dominions nicht kritisiert, da diese erkannten, daß der König nur eine oberflächliche Phrase benutzte, die im allgemeinen Gebrauch ist. Doch einige der Delegierten betonten, daß diese Andeutung des Königs falsch ausgelegt werden könnte, und daher sind sie entschlossen, daß man in Zukunft für die Länder unter der britischen Krone eine Bezeichnung gebraucht die auch im irischen Vertrag angewendet wurde: Britischer Staatenbund der Nationen.

Auf der gestrigen Sitzung der Reichswirtschaftskonferenz eröffnete Chamberlain die Erörterung über die Vorzugsverhandlung über die Vergütung öffentlicher Aufträge. Er sagte, die Regierung habe kürzlich eine Untersuchung über das bei verschiedenen Regierungsdepartements übliche Verfahren angestellt. Das Ergebnis habe gezeigt, daß es nicht wünschenswert sei, eine prozentweise Vorzugsverhandlung festzusetzen.

Der kanadische Delegierte Graham sagte bei der Vorzugsverhandlung könne eine prozentweise Verhandlung nicht in Frage kommen. Dergleichen Kontrakte sollen bevorzugt werden, welche Aussicht auf eine Ausdehnung des Reichsbonds hätten. Graham erklärte, jeder Teil des Reiches sollte dem anderen Teil des Reiches eine Vorzugsverhandlung gewähren. Der südafrikanische Delegierte Burton wendete sich ebenfalls gegen ein festes System bei der Vorzugsverhandlung. Hierauf verlagte sich die Konferenz.

Letzte Meldungen

Besuch Stresemanns bei Dr. Seipel

Die „B. Z.“ bringt aus Wien eine Meldung der Wiener Reichspost, Reichskanzler Dr. Stresemann werde in den nächsten Tagen in einem Grenzort Oesterreichs mit dem österreichischen Bundeskanzler Seipel zusammentreffen. Den äußeren Anlaß dieses Zusammentreffens bilde die bisher immer noch durch die umständlich hinausgezögerte erfüllte Höflichkeitspflicht eines Gegenbesuches für den letztjährigen Besuch des österreichischen Bundeskanzlers in Berlin.

Zeitungsverbote

Düsseldorf, 11. Okt. Der kommandierende General hat bis zum 3. Januar folgende Zeitungen verboten: „Den Reichsmarkt“ in Berlin, die „Rechtshaufer Zeitung“ und das Organ des alten Bergarbeiterverbandes die „Bergarbeiterzeitung“ in Bochum. Stuttgart, 11. Okt. Der Befehlshaber für Württemberg hat die in Ostlingen erscheinende politische Wochenzeitschrift „Die Wertschöpfung“ bis auf weiteres verboten.

Newyork, 10. Okt. Vier bemalte Räuber überfielen mitten in der City einen Bankbeamten, erschossen seinen Begleiter und raubten 12.500 Dollar. Einer der Räuber wurde getötet, die anderen entkamen.

Die Verhandlungen der Ruhrindustriellen

Die Stellung der Volkspartei

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei beschäftigte sich in ihrer gestrigen Fraktionsführung mit den gegen die Abgeordneten Stinnes und Bögliger gerichteten Angriffen. Es wurde folgender Entschluß gefaßt:

Die Fraktion erklärt gegenüber den wegen der Verhandlungen mit General Degoutte gegen die Herren Stinnes und Bögliger in der Presse erhobenen Angriffen, daß sie nach Kenntnisnahme der schriftlich niedergelegten Verhandlungen einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß die Verhandlungen von Anfang an in vollem Maße zusammenwirkten mit der Reichsregierung geführt worden sind und daß die Reichsregierung über alle Phasen unterrichtet worden ist. Die Verhandlungen waren im Interesse des besetzten Gebietes zwecks sofortiger Aufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet dringend erforderlich. Sie sind durchaus in deutschem Geiste geführt worden und verdienen den Dank des gesamten Volkes.

Die Fraktion legt deshalb schärfste Verwahrung gegen die schwere Verleumdung der waterständlichen Interessen ein, die durch die entstellenden Veröffentlichungen des durch einen groben Vertrauensbruch erlangten Briefes des Herrn Stinnes vom 7. Oktober in einem Teil der Presse erfolgt ist, sowie gegen die daran geknüpften gehässigen Angriffe in dem Artikel der „Völkischen Zeitung“ vom 10. Oktober.

Aus Handel und Industrie

Festgoldmark

Angesichts der trostlosen Entwicklung der deutschen Reichsmark wird die Schaffung einer neuen Währung für die Regierung zur gebieterischen Pflicht. Wie sehr die Währungsfragen die gesamte Bevölkerung interessieren, zeigte sich bei einem Vortrag, den in öffentlicher Versammlung Prof. Dr. Eustach Mayr von der Mannheimer Handelshochschule, der sich intensiv mit Währungsfragen beschäftigt, im gutbesetzten großen Saal der Stadthalle in Heidelberg gehalten hat. Wie wir dem H. T. darüber entnehmen, wies der Redner nach einer volkstümlichen Begriffsbestimmung der allgemeinen Währungsgrundsätze auf die zwingende Notwendigkeit zur Schaffung einer Festgoldmark hin. Wir wüßten, daß die Schaffung einer Festwährung, (die man als das Zentralproblem unserer heutigen Politik und Wirtschaft bezeichnen müsse, hinter allen anderen Fragen, wie die Abrechnung mit Frankreich zurücktreten hätten) nicht gelöst werden dürfe im Sinne einer bestimmten Interessengruppe, sondern daß die Interessen der Gesamtheit des deutschen Volkes den Ausschlag zu geben habe. Deshalb verwirft auch der Redner sowohl die Roggenmark, die Helferrische Bodenmark gleichermaßen, wie die auf Geld eingestellte, durch das „Mordinstrument der Notenpresse“ gänzlich abgehaute Papiermark, und stellt ihnen seine eigenen Vorschläge entgegen, die auf einer Abkehr vom Deckungsmaximismus durch Gold beruhen. Die Tatsache des fast vollständigen Verlustes der Goldvorräte in der Nachkriegszeit gilt ihm als Beweis, daß es auch ohne Golddeckung geht; denn in jedem Stadium der Verwässerung unserer heutigen Papierwährung sei ja keine andere Deckung da als die das ganze Volk- und Naturkapital helebende Arbeitskraft aller Stände. Deshalb sei es einer der schwersten Irrtümer, das Gold für die Währung anders denn als Wertmesser zugrunde zu legen, während der eigentliche Schutz der Wirtschaft und der in der Wirtschaft ruhenden Kapitalien doch nur in der Arbeitskraft des Volkes ruhen könne. Nachdem wir durch die inflationistische Wirtschaft und sonstige Abgänge einen großen Teil unseres Goldvorrates verloren haben, gehe es nun nicht an, die Substanz der in der Industrie oder der Landwirtschaft investierten Goldwerte herauszuholen, da damit unserer Wirtschaft der Todesstoß versetzt würde. Zusammenfassend forderte der Redner: Ausschaltung der Notenpresse, Beschaffung von Devisen durch Produktionssteigerung aus der Arbeitskraft des ganzen Volkes, Beschaffung von Düngemitteln für die Landwirtschaft, vermehrter Anbau von Getreide und Kartoffeln anstelle des Tabaks und eine gerechtere Steuer- und Abgabenpolitik. Die ziemlich polemisch gehaltenen Ausführungen des Redners fanden lebhaften Beifall, der auch durch die sich anschließende Diskussion, in der ein junger Kommunist belanglose Ausführungen machte, nicht aufgehoben wurde. Zum Schluß wurde eine von Finanzrat Kirchgässner vorgelegene Resolution angenommen, die bei der Reichsregierung die Annahme des Mayr'schen Währungsplanes fordert.

Ein weiteres Notenbankprojekt

hat Bankdirektor Dr. Hjalmar Schacht dem Währungsausschuß der demokratischen Reichstagsfraktion unterbreitet, der in den letzten Wochen als Kandidat für das Finanzministerium, vorher als möglicher Reichsbankpräsident genannt worden war. Dieser Plan will eine „Bank von Deutschland“ errichten, deren Anteile auch im Ausland bei geeigneten Treuhändern gegen Einlieferung von Gold oder Devisen gezeichnet werden können. Das Grundkapital soll mindestens 500 Millionen Goldmark betragen und zu 500 Goldmark gestückt sein. Ueber 20 Stimmen kann kein Anteilseigner führen. Die auszugebenden Noten sollen zunächst zur Hälfte durch Gold oder Devisen, zur Hälfte durch Handelswechsel gedeckt sein; ein Jahr später kann durch Verordnung Drittelddeckung zugelassen werden. Die Deckung in Gold und Devisen muß bei den ausländischen Treuhändlern hinterliegen. Einlösungspflicht für die Noten wird bereits in der Satzung für die Zeit nach der ersten ordentlichen G.-V. vorgesehen. Die zinslosen Vorschüsse dürfen bis zu 20 Prozent des Grundkapitals der Bank geben und sind aus dem jährlichen Gewinnanteil des Reiches (das 3 Prozent weniger als die Anteilseigner erhält) zu tilgen. Spätere Vereinigung der Bank von Deutschland mit der Reichsbank ist vorgesehen. Das Notenprivileg der neuen Bank ist zunächst bis Ende 1949 befristet und als ausschließlich bezeichnet.

Eine Aussprache zwischen Banken und Interessenten in Bayern

Der bayerische Handelsminister hat mit Rücksicht auf die Klagen über die neuen Bedingungen der Banken die beteiligten Kreise zu einer Besprechung zusammengeführt. Die Aussprache, an der Vertreter aller interessierten Gruppen und Verbände teilnahmen, klärte eine Reihe von Mißverständnissen auf und ließ erkennen, daß die Banken im Bewußtsein ihrer wirtschaftlichen Bedeutung ihrerseits bestrebt waren, die nachteiligen Wirkungen der Geldentwertung auf den Bankverkehr abzumildern. In folgenden Punkten wurde eine grundsätzliche Verständigung über ein weiteres Entgegenkommen der Banken erzielt: Erhöhung der Haben-Zinsen, versuchsweise Gutschrift von zugelassenen Platzchecks drei Tage nach der Einreichung, Ermäßigung der Gebühren für die Auslieferung von festverzinslichen Werten aus Platzdepots an Bankkunden, mögliche Verbindung der Kreditanspruchnahme zur Effekten Spekulation. Außerdem werden die Banken das Maß des Ausschusses ihrer Haftung für Verzögerungen und Fehlleistungen von Aufträgen sowie die Frage des Mittwochschalters nachprüfen. Ueberzeugung herrschte darüber, daß eine Erhöhung der Arbeitsleistung erforderlich sei. Eine Kommission soll die weiteren Einzelfragen klären.

* Eine neue Hypothekbank im Saargebiet. Die neugegründete Saarländische Immobilien-Kredit-Zentrale A.-G. hat bereits ihre Tätigkeit aufgenommen. Sie gibt durch Vermittlung der bestehenden Kreditinstitute (Sparkasse usw.) Hypothekdarlehen. Es sind schon zahlreiche Darlehen zur Auszahlung gelangt, die hauptsächlich zur Fertigstellung von Wohnungsbauten nach vor Beginn des Winters verwendet werden. Die neue Gesellschaft ist stark in Anspruch genommen, da das Kreditbedürfnis im Saargebiet groß ist.

* Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert & Cie., A.-S., Frankenthal, Pflz. Die Gesellschaft beantragt für 1923/23 300 (i. V. 20) Prozent Dividende auf 18 Mill. A. Stammaktien, die, gleich 30 Goldpfennigen am Jahresabschluss (31. März 1923), verständig angelegt sind, aus 78,08 (4,90) Mill. A. Reingewinn nach 27,68 (6,00) Mill. A. Abschreibungen und Reparaturen. Nach dem Bericht war das Unternehmen stets reichlich mit Aufträgen versehen, seit der Rhein-Ruhr-Besetzung sei wegen der damit verbundenen Absatzstockung auf Lager gearbeitet worden. Die ausgezahlte Lohn- und Gehaltssumme stieg auf 1635,29 (33,1) Mill. A. um das fast 50fache, ähnlich wie die Unkosten überhaupt. Die Anfang 1922 begonnene Werkstattneubauten

sind im Frühjahr d. J. fertig gestellt und im August bezogen worden. Dadurch erhöhten sich in der Bilanz (in Millionen A.) das Immobilienkonto auf 29 (7), das Maschinen- und Werkzeugkonto auf 16 (5), nachdem für Neuanschaffung auch das Werkerhaltungskonto von 1,25 verwendet worden ist. An dessen Stelle sind 100 Mill. A. Ersatzbeschaffungskonto gebildet worden. Ferner stehen 3298,59 (44,82) auf das 73,5fache erhöhten Kreditoren, darunter 1103,18 (26,35) Anzahlungen auf bestellte Maschinen 2167,36 (31,25) auf das 69,5fache gestiegene Debitoren gegenüber. Wechsel stehen stark erhöht mit 700,56 (2,15), Warenvorräte mit 511,14 (33,38) zu Buch, weiterhin Wertpapiere fast unverändert 0,55 (0,57). Die G.-V. am 24. Oktober soll außerdem die gemeldete Kapitalerhöhung um 42 auf 60 Mill. A. Stammaktien mit Dividendenrecht ab 1. April 1923 und um 0,4 auf 1 Mill. A. Vorzugsaktien Lit. A. mit zwanzigfachen Stimmrecht und 7 Prozent Vorzugsdividende gleichfalls ab 1. April 1923 beschließen. Außerdem bestehen noch 4 Millionen A. Vorzugsaktien Lit. B. mit einfachem Stimmrecht. Die Begebungsmodalitäten soll erst die G.-V. (24. Oktober) festsetzen, gleichzeitig wird die Verlegung des Geschäftsjahres auf das Kalenderjahr beantragt.

Börsenberichte

Frankfurter Wertpapierbörse

* Frankfurt, 11. Okt. (Drabth.) Der Devisenmarkt zeigte heute eine unregelmäßige Haltung. Im Vormittagsverkehr handelte man Dollarnoten mit 8-7 Milliarden, später gaben die Preise etwas nach, bis 5,5, dann wieder erneut anziehend auf ca. 6 Milliarden. Der Verkehr in Effekten von Büro zu Büro wird als ruhiger bezeichnet, da die Spekulation mit ihren Dispositionen noch abwarten will, umso mehr als man wieder weniger günstig über die politische Lage gestimmt ist. Bevorzugt erscheinen wieder rheinische Werte. Man nannte folgende Kursstützungen: Norddeutscher Lloyd 6-7, Chemische Mainz 9 Milliarden; Anilinwerte und Holzverkohlung eher abgeschwächt, Eberfelder Farben 12-13 Milliarden, Reiniger, Gebbert u. Schall 1,8-2 Milliarden. Bei größerer Nachfrage sind Casseler Straßenbahn zu erwägen, 300 taxiert, Eschweiler Bergwerk 50, Chem. Goldenberg 20, Motorenfabrik Oberursel 3, Chamotte Annawerk 2,5-3, Adler u. Oppenheimer 9-10 (alles in Milliarden). Bankaktien wesentlich ruhiger. Rheinische Hypothekbank 350, Deutsche Vereinsbank 300-330 Millionen. Sehr gute Meinung soll für Peters Union und Tiag-Aktien herrschen, namentlich auch wieder für Gebr. Adl. Dollarschatzungen, namentlich im freien Verkehr 5,8-5,5, Goldanleihe 4,5-4,2 Milliarden genannt.

Berliner Wertpapierbörse

* Berlin, 11. Okt. (Drabth.) Im Freiverkehr erfuhren die gewaltigen Steigerungen der Devisenpreise während des Vormittags zunächst eine Fortsetzung, so daß die Notierungen sich mit 32 Milliarden für London und 7 für New York noch über den Stand von gestern hielten. Im Verlaufe ließ aber die dringliche Nachfrage nach und die Kurse stellten sich niedriger bis 25 Milliarden für London und 5,5 Milliarden für New York. Wie weit hierbei die Wirkung von Zeitungsnachrichten mitspielt, wonach bei amerikanischen Banken jetzt eine größere Geneigtheit bestehe, sich mit größeren Beträgen an der neuzugründenden Goldnotenbank zu beteiligen, läßt sich nicht beurteilen. Jedenfalls war die Reichsbank bei der amtlichen Kursfestsetzung als Abgeber am Markt und teilte im Gegensatz zu den letzten Tagen für die führenden Plätze bis zu 75 Prozent der Anforderung zu, so daß die Festsetzung der Kurse ungefähr auf der Grundlage von 23 Milliarden für London und 5 Milliarden für New York erfolgen konnte. Dann kam etwas Ware heraus und die amtlichen Kurse blieben zumeist behauptet. Die Festsetzung des Kurses für Dollarschatzungen und Dollaranleihe ergab 5100 bzw. 4900 Millionen, wobei die Umsätze im Freiverkehr eine sehr große Ausdehnung angenommen haben. Für den Verlauf der morgigen Börse rechnet man mit einem Anhalten der Kaufkraft und mit einer Fortsetzung der starken Kurssteigerungen.

Devisenmarkt

Berliner Devisen

Land	Anteil	11. Okt.	10. Okt.	9. Okt.	8. Okt.	
Holland	1,16	2067500	1,15	1912300	1,89	2116000
Span.-Mex.	869	870000	874	830000	1,84	870000
Brasilien	194	192500	198	367300	2,98	290000
Christiana	450	450000	491	160000	791	690000
Kopenhagen	280	280000	323	200000	880	760000
Stockholm	773	773000	773	850000	860	760000
Wien	79	790000	80	800000	138	600000
London	131	682500	139	377300	229	470000
Paris	13,496	1360000	13,337	700000	22,942	2000000
New-York	2,967	589000	2,924	170000	5,074	250000
Frankfurt	191	184000	182	180000	325	235000
Schwitz	128	670000	131	200000	363	730000
Brüssel	452	990000	455	610000	578	300000
Japan	1,471	312500	1,476	307500	2,478	900000
Rio de Janeiro	284	387500	286	712500	—	—
Wien abg.	4199	—	4310	—	7120	—
Prag	80	710000	80	229000	141	600000
Jugoslawien	20	510000	35	830000	60	510000
Budapest	189	—	190	—	203	—
Sofia	38	925000	29	079000	48	029000

Frankfurter Notensatz 11. Okt.

Land	Notensatz	11. Okt.	10. Okt.	9. Okt.	8. Okt.	
Amerikanische	270	000000	283	000000	798	000000
Belgische	248	500000	251	000000	1610	000000
Dänische	—	—	—	—	617	000000
Englische	20370	000000	20330	000000	925	000000
Frankenbische	370	000000	382	000000	1194	000000
Italienische	1990	000000	2010	000000	143	000000
Österreichische	7000	—	7100	—	—	—

Waren und Märkte

Offizielle Preise der Mannheimer Produktenbörse

Die Kurse verstehen sich per 100 Kilo in Milliarden Mark waggontreu Mannheim, ohne Sack netto Kasse

Preisaufschläge vom 11. Oktober 1923

Ware	Preis	Ware	Preis
Weizen, inländischer	17,000-19,000	Eggennohl	18,000-22,000
ausländischer	—	Weizenkoll mit Sack	—
Roggen, (alter)	—	Brotweizen	—
(neuer)	—	Rohmalz	—
Bras-Servis (alte)	13,000-14,000	Weizenmehl, laus	1,200-1,300
(neue)	—	Rotklee	—
Hafer (neuer)	14,000-15,000	Luzerne-Einheu	—
(alter)	—	Frass-Strich	1,200-1,300
Malz, gelber (mit Sack)	—	Schweinefleisch	—
Weizenmehl (mit Sack) 4 Stufen	20-30	Raps	6000-6300

Tendenz: Unregelmäßig.

Mannheimer Viehmarkt

Dem Viehmarkt vom 11. Oktober wurden zugerechnet: 46 Kalber, 27 Schweine und 288 Ferkel. Laute. Diese kosteten 300 Millionen bis 6 Milliarden das Stück. Markterlöse: Mit Ferkel und Läufer schleppend. Die Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen des Handels ab. Stall für Frachten, Markt- und Verkaufskosten, Umsatzsteuern, sowie den natürlichen Gewichtverlust ein, müssen sich also wesentlich über die Stallpreise erheben.

hätte. Der Polizeibeamte habe sich in einer sehr bedrängten Lage befunden, da 40-50 schreiende und tobende Menschen auf ihn einströmten und ihn bedrohten. Martha Braun hat wegen Aufregung eine Haftstrafe von 4 Wochen erhalten, die anderen Angeklagten, Max Willi und August Kreisler, Geldstrafen. Das Urteil sei nicht zu hoch. Die Kreisler habe auch vor Gericht ein fürchterliches Randwerk, mit dem sie die ganze Familie bedroht. Der Richter drohte ihr schließlich mit einer Ordnungstrafe wegen Ungebühr vor Gericht.

Das Gericht fällt folgenden Urteil: Martha Braun wird wegen großen Unfugs und Widerstands zu 4 Wochen Haft und 2 Goldmark und die übrigen Angeklagten zu je 3 Goldmark und zusammen zu den Kosten verurteilt.

Mord, Raubtaten und schwere Plünderungen

begangen von einem Soldaten während der Revolutionszeit in Wilna, beschäftigten das Schwurgericht Hamburg in einer Verhandlung gegen den früheren Pianist Franz Wilhelm Schmidt. Dem Angeklagten wurden zur Last gelegt zwei vollendete Morde, 3 verübte Morde und 3 Fälle schwerer Plünderung. Schmidt ist am 26. Januar 1896 in Hamburg geboren. Im Jahre 1914 trat er mit 17½ Jahren freiwillig in den Heeresdienst ein und machte den ganzen Krieg mit. Während der Zeit ist er zweimal verwundet worden, das letzte Mal schwer. Zu Ende des Krieges befehligte er sich als Pianist bei einem Eisenbahnbataillon in Wilna. Dort ist er wegen Fahnenflucht zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Während der Verbüßung seiner Strafe brach in Wilna die Revolution aus. Zu der Zeit befand er sich als Strafgefangener im Bogarett, wurde aber befreit und mit Zivilkleidern versehen. Auf Bezeichnung des Soldatenrates erfolgte wieder seine Entlassung als Soldat wie seine Bewaffnung mit einem Gewehr und 30 scharfen Patronen. Damit begannen die ihm vorgeworfenen Straftaten. Am 12. November drang er mit drei anderen Soldaten in das Geschäft eines Juden ein. Die Bande bedrohte den Mann und seine Familie mit geladenen Gewehren und raubte einige Paar Stiefel. In der darauf folgenden Zeit begab er sich zunächst in die Wohnung einer Familie Lopus. Er forcierte die, raubte 250 Rubel und 60 Stücke Oberstoff und schloß dann den sich entfernenden Vater L. nieder. Der Mann war sofort tot. Bald darauf schloß er eine auf der Straße gehende Witwe völlig grund- und hilflos nieder. Am Anschluß daran hat er auch auf drei Juden geschossen und sie beraubt. Einer von ihnen ist leicht verletzt worden, die anderen blieben unverletzt. Schließlich sind noch in drei Fällen Juden unter Bedrohungen um verschiedene Gegenstände von ihm beraubt worden. Endlich erfolgte seine Festnahme. Schmidt hat sich nachher vor einem Feldkriegsgericht in Wilna zu verantworten, das ihn wegen zweier Raubtaten zu 6 Jahren Zuchthaus und Auslieferung aus dem Heere verurteilte. Wegen der anderen Fälle wurde Auslieferung der Verhandlung beschloß, weil Zweifel an seiner Zurechnungsfähigkeit aufkamen. Inzwischen sind die Militärgerichte aufgehoben worden, die Sache ging an die Zivilgerichte, auch hat sich das Reichsgericht schon damit befaßt. Aus diesen Gründen ist die Verhandlung bis jetzt verzögert worden. Der Angeklagte behauptete, er wisse sich auf die ihm nun zur Last gelegten Straftaten gar nicht zu bekennen. Er sei damals betrunken gewesen. Staatsanwalt Dr. Schulte äußerte sich über die geistige Verfassung des Angeklagten. Schmidt sei hochgradig erblich belastet, geistig minderwertig. Ueber seine geistige Verfassung zur Zeit der Taten ließen sich nur Rückschlüsse ziehen. Nach Ausfragen von in Wilna vernommenen Zeugen habe er bei den meisten Taten nicht wie ein Geistesgestörter gehandelt, dagegen könne man bei der völlig zwecklosen und ohne jeden Grund erschossenen Frau, die friedlich ihres Weges gegangen sei, an das Verhalten eines Inzurechnungs-fähigen denken. Nach dem Spruch der Geschworenen wird der Angeklagte unter Zuhilfenahme mildernden Umstände in zwei Fällen des Totschlags und in drei Fällen des schweren Raubes schuldig befunden. Das Gericht erkannte auf eine Zuchthausstrafe von 8 Jahren unter Einbeziehung der früheren Strafe.

Die Kaffeehausbekanntmachung

Eine Mutti, die im Dezember vor. J. größtes Aufsehen erregte, befragte das Schwurgericht Berlin II. Unter der Anklage des verächtlichen Raubmordes und schweren Raubes haben sich der Wittib Wilhelm Dietz und der Vater Max R. K. zu verantworten. Der Angeklagte Dietz ist ein noch junger Mann, Anfangs der zwanziger Jahre. Er hatte zu Beginn des vorigen Jahres in Berlin Krüger kennen gelernt. Krüger wußte, daß der Angeklagte ein Rezept für Morphium beschaffen und schloß ihm vor, daß er ein Quantum Morphium zu beschaffen. Er sagte mir: „Ich habe die Angeklagte fertig, du bist jung und kannst leicht Drogenbekanntmachungen machen, dann wollen wir die betreffende Frau mit Morphium besetzen und verkaufen.“ Sie ging auf den Vorstoß ein und wir gingen kurz vor Weihnachten in mehrere Kaffeehäuser an Potsdamer Platz. Im Kaffeehaus saß an einem Tische eine Dame, die sehr schön und schlau war. Wir traten und zu ihr und kamen bald in ein Gespräch. Wir gingen dann mit Frau Dietz in ein anderes Lokal und tranken dort Wein. Krüger ließ mich an und sagte mir: „Jetzt ist es Zeit mit dem Morphium.“ Ich schüttete der Frau das Pulver in den Wein. Das Morphium hatte aber nicht die erwartete Wirkung. Frau Dietz wurde nur müde und schläfrig und wir ließen sie im Auto nach Hause. Am nächsten Tage schickte ich Krüger mit einem Brief zu ihr, in dem ich mich nach ihrem Befinden erkundigte und sie bat, sie bedanke zu dürfen. Krüger kam auch zurück und sagte, ich solle mitkommen. Ich sollte Cordianthema und ging mit Krüger zusammen zu Frau Dietz. Wir wurden freundlich empfangen und wir Kaffeehaus besuchten. Auf die Frage des Vorlesers erklärte der Angeklagte Dietz, daß er damit eine Bekanntschaft zu verüben. Sie hätten mit mehreren Drogen gemacht und ich schickte ihm Frau Dietz fertig verpackt. Immer sei es ihm bei ihren Befehlen darauf angekommen, das Pulver in den Wein zu geben. Schließlich habe man verabredet, daß sie eines Tages um 7 Uhr Frau Dietz abholen sollten, um einen Rechtsanwalts aufzusuchen. Sie hätten darauf gehofft, daß Frau Dietz zu dem Besuch ihren Mann einladen würde; dann wollte er, der Angeklagte, die Angeklagte, damit der Besuch ausgefallen würde. Wenn Frau Dietz den Mann wieder abgeholt hätte, wollten sie die günstige Gelegenheit benutzen, die Befehle auszuführen. So sei aber anders gekommen. Dietz habe Frau Dietz einen Offenerbrief geschrieben, und nun habe sie diesen angelesen. Krüger sei darüber außer sich gewesen, und als er, Dietz, mit Frau Dietz fortgegangen sei, habe Krüger die ebenangelesenen Frau plötzlich von hinten mit einer Spritze über den Kopf geschossen. Er selbst habe gar nicht gemerkt, wie es dazu gekommen sei. Frau Dietz hat dann geschrien und habe ihn, der Frau, nachgeholt. Herr: Was nicht verabschiedet werden, Gemalte ansprechen? Angkl: Herr: Nein, wir wollten uns heimlich. Die Angeklagten Dietz und Krüger belächeln sich gegenseitig bei ihrer weiteren Vernehmung. Aber heute den anderen die Schuld an der Muttitats zugewiesen, ich selbst aber noch Unschuld zu erweisen.

In letzter Rede wurde ferner die Geschworenen das Urteil. Dietz wurde wegen verächtlichen Raubmordes und unter Zuhilfenahme mildernden Umstände zu vier Jahren Gefängnis verurteilt. Krüger: wegen verächtlichen Raubmordes und schweren Raubes unter Zuhilfenahme mildernden Umstände. Beiden Angeklagten wurden neun Monate Untersuchungshaft angedroht.

Wetternachrichten der Rarlsruher Landeswetterwarte

Beobachtungen behäufiger Wetterstationen (7^u morgens)

Station	Temp.	Wind	Wolke	Wetter	Bar.	Rel.	Wass.
Berlin	10	S	1/2	hell	1010	70	0
Düsseldorf	10	SW	1/2	hell	1010	70	0
Karlsruhe	10	SW	1/2	hell	1010	70	0
Baden-Baden	10	W	1/2	hell	1010	70	0
Wilmanns	10	SW	1/2	hell	1010	70	0
Feldberg, Hef	10	SW	1/2	hell	1010	70	0
Badenweiler	10	—	—	—	—	—	—
St. Blasien	10	—	—	—	—	—	—

Die Wetterlage wird fortgesetzt von den ausgedehnten Sturmwinden über Norddeutschland beherrscht, so daß in ganz Mittel- und Westdeutschland Regenfälle niedergehen, bei stürmischen, aber ziemlich milden Westwinden. Eine auf der Südküste des Bismarck von Ocean über Frankreich vorübergehende Luftdruckwelle bringt auch in Südwestdeutschland heute wieder Regenfälle und stürmische Westwinde. Zunächst sieht noch keine wesentliche Bänderung der Wetterlage bevor.

Die Voraussichtliche Witterung für Freitag, bis 12 Uhr nachts:
Sehr wolkenlose, kühler, meist trüb, Regenfälle, starke Westwinde, Windstärke höher als heute.

